

## Investitionspflicht in Aktien

Das alljährlich auftretende politische Sommerloch schickt sich in diesem Jahr an, durch besonders undurchdachte Äußerungen Erheiterung zu erregen.

Nicht nur, dass der Kanzlerkandidat der SPD den wegfallenden britischen Nettobeitrag zum EU-Haushalt gerne seinen deutschen Landsleuten aufbürden will, nein, zudem will er noch unserem Staat Investitionspflichten vorschreiben.

Schulz verkennt völlig, dass Deutschland nach jahrzehntelangem strammem Sozialstaatswachstum sehr hohe Steuer- und Abgabenlasten trägt und dass die temporäre gute Haushaltslage vor allem zwei transitiven Effekten geschuldet ist: nämlich erstens den Reformen der Agenda 2010 des Reformkanzlers Gerhard Schröder und zweitens der Abschaffung positiver Nominalzinsen durch die Europäische Zentralbank. Beide Effekte werden irgendwann in der Zukunft auslaufen, während das große strukturelle Problem der Bundesrepublik Deutschland, die demographische Entwicklung (Kinderlosigkeit und Überalterung), jedes Jahr größere Belastungen mit sich bringen wird. Der stetig steigenden Zuschüsse aus dem Steuertopf an die Rentenkasse geben ein Vor-

geschmack darauf, wohin der Weg in den kommenden Jahren, vor allem wenn die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen, führen wird. Leider ist nämlich zu konzedieren, dass in Deutschland der Staat keine Kapitalrücklagen gebildet hat und die Bürger viel zu geringe Vermö-



genseinnahmen haben, um darauf ihre Alters- und Gesundheitsvorsorge aufzubauen. Obschon das zurückgelegte Geldvermögen der Deutschen mit ca. 5,8 Billionen EUR (im Durchschnitt ca. 70.000 Euro pro Einwohner) nicht gering ist, wirft es bereits seit

Jahrzehnten zu geringe jährliche Erträge ab, um ausreichende Polster für die Zukunft zu schaffen. Hauptverantwortlich dafür ist die Weigerung des größten Teils der Bevölkerung (ca. 90%), ihr Ersparnis in der Wirtschaft – sprich in den Unternehmen – arbeiten zu lassen und stattdessen überwiegend auf zinsbasierte Produkte (klassische Kapitallebensversicherung, Bausparvertrag, Banksparvertrag, Sparbuch, etc.) setzen.

Keine der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien interessiert sich für dieses Thema. Stattdessen denken alle Parteien ohne Ausnahme stets darüber nach, wie die staatlichen Füllhörner zunächst größer und dann über die eigene Klientel ergossen werden können. In diesem Sinne wäre Herr Schulz gut beraten, über eine Investitionspflicht in Aktien nachzudenken. Man darf nicht vergessen, dass die Teilhabe an einem global investierenden Aktienfonds innerhalb eines monatlichen Sparplans bereits ab 25,- Euro für jedermann möglich ist. Wer tatsächlich das Gemeinwohl

im Auge hat, der müsste hier und nicht bei unsinnigen staatlichen Geldausgabepflichten anfangen, um dem Wohlstand der Bürger zu erhöhen. Ein kluger Schritt wäre die Rückgängigmachung der struktur- und leistungsfeindlichen Besteuerungen von Kapitalerträgen aus Eigenkapitalanlagen. Die Abschaffung des Anrechnungsverfahrens durch Hans Eichel und die Abschaffung des Halbeinkünfteverfahrens durch Peer Steinbrück haben erheblich dazu beigetragen, dass Deutschland eine Aktien-Diaspora ist und bleibt. Inzwischen zeigen aber z.B. die Zahlen der Deutschen Bundesbank zur Vermögensentwicklung, dass Deutschlands Bürger um viele einhundert Milliarden Euro wohlhabender und da-

mit die Altersvorsorge wesentlich sicherer wäre, wenn die Politik nicht seit Jahrzehnten der Hauptfeind der Aktienanlage in Deutschland wäre.

Wie wäre es also, wenn die SPD eine Investitionspflicht in Aktien forderte für all jene, die bislang nicht diesen langfristig überlegenen Weg zum Vermögensaufbau wählen. An Zwangssystemen fehlt es ja ohnehin in Deutschland nicht, wenn man etwa an die Krankenversicherungspflicht denkt. Klar ist nämlich auch hier, dass jene, die verantwortlich angelegt haben, später diejenigen werden mit durchfüttern müssen, die sich dem sinnvollen Sparen zeitlebens verweigert haben. Die tief verwurzelte Neigung unserer

Politiker, dass schwer erarbeitete Geld der Bürger leichthändig auszugeben muss ein Ende haben. Deutschland hat einen Mangel an privaten Investitionen, der mancherlei Gründe hat. Martin Schulz sollte lieber Vorschläge machen, wie die Standortbedingungen so verbessert werden können, dass Bürger und Unternehmen Lust auf Investitionen in Deutschland haben.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns